

Obama verspricht vermeintlich historische Kursänderung im Antiterrorkampf

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 20. bis 24. Mai 2013

(sq) Präsident Barack Obama wandte sich am Donnerstag vor der National Defense University in Washington dem Thema Terrorismusbekämpfung zu. Die mit Spannung erwartete Rede sollte seine Positionen für den Rest seiner zweiten Amtszeit verdeutlichen. Die *Washington Post* begrüßte seine erneute Ankündigung, das Gefangenenlager in Guantánamo endgültig schließen zu wollen. Jedoch schienen der Zeitung die Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung nach wie vor zu groß um dies zu erreichen, besonders da Obama keine neuen Strategien vorstellte. Sein Versprechen den Krieg gegen den Terror leicht einzudämmen und zum Beispiel Drohnen zum Abschießen gefährlicher Terrorverdächtiger nur noch in Ausnahmefällen zu verwenden erntete insgesamt ebenfalls skeptische Reaktionen. In der *New York Times* hielt man die Aussagen für zu vage und somit wenig glaubwürdig. Obama sei seit seiner ersten Wahlkampagne 2008 zwar immer wieder als Verfechter minimalinvasiver Außenpolitik aufgetreten, seine Taten sprächen aber eine Sprache, welche der Bush Administration, die er so stark kritisierte, sehr ähnlich sei.

Am Montagnachmittag wurde Moore, ein Vorort von Oklahoma City, von einem Tornado mit Geschwindigkeiten von bis zu 320 Kilometer pro Stunde heimgesucht. Nach schwierigen Bergungsarbeiten zählte man am nächsten Tag 24 Tote. Unter den Opfern waren auch sieben Kinder und Jugendliche, welche sich während des aufziehenden Sturms in den Gängen ihrer Grundschule in Sicherheit wähnten. Schnell wurden Stimmen laut, die Stadt sei trotz eines ähnlich heftigen Tornados im Jahr 1999 nicht ausreichend auf das Unwetter vorbereitet gewesen. So bemängelte die *Washington Post* fehlende Zufluchtsorte für die Bevölkerung, da viele Häuser in den betroffenen Nachbarschaften keine Keller hätten. Selbst das Krankenhaus verzichtete aufgrund der hohen Kosten auf den Bau von Kellerräumen für etwaige Notfälle. Präsident Obama sicherte in einer Rede am Dienstag uneingeschränkte nationale Hilfe zu. Daraufhin fragte sich das *Slate Magazine*, wie einige Senatoren aus Oklahoma, zum Beispiel der Republikaner John Inhofe, dieser Maßnahme nun zustimmen könnten, obwohl sie im letzten Jahr gegen ein ähnliches Hilfspaket nach dem Hurrikan Sandy votierten.

Nach mehrmonatigen Protesten liberaler Bürger sowie verschiedener Organisationen für die Gleichberechtigung von Homosexuellen haben die amerikanischen Pfadfinder, die Boy Scouts of America, am Donnerstag für eine Änderung ihrer Aufnahmebedingungen gestimmt. Dadurch ist es offen schwulen Kindern und Jugendlichen nun möglich beizutreten; erwachsenen Homosexuellen ist die Teilnahme als Gruppenführer jedoch weiterhin verwehrt. Dieser Kompromiss erntete nur verhaltene Zustimmung in der Presse. Ein Autor der *Washington Post* kritisierte diese halbherzige Entscheidung der Boy Scouts, da so weiterhin das Signal gesendet werde, schwul zu sein sei nicht „normal“ oder richtig. Stattdessen sollten auch schwule Erwachsene als Vorbild fungieren dürfen. Die *LA Times* bezweifelte sogar, dass das Ergebnis der Abstimmung überall in den USA implementiert werde. Besonders aufgrund der Gelder religiöser Gruppen, welche die Boy Scouts unterstützen, könnte die Diskriminierung schwuler potentieller Mitglieder weitergehen.

Quellen:

www.latimes.com

www.newyorktimes.com

www.slate.com

www.washingtonpost.com